



Verkaufspreis: Jede 1 Mark u. 10 Pf. ...

„Berliner Tageblatt“ und „Sonntags-Zeitung“ ...

Berliner Tageblatt

Nr. 61 46. Jahrgang und Handels-Zeitung Sonnabend 3. Februar 1912

Der erste Eindruck der U-Boot-Erklärung in Amerika.

Die Haltung Norwegens.

(Von unserem Korrespondenten.)

Die Wirkung des von England über Norwegen verhängten Kohlenverbotes hat sich rasch bemerkbar gemacht. Alle die zuverfichtlichen Stimmen, die die britischen Maßnahmen nur als durchaus trügerisch erwießen, haben sich als durchaus trügerisch erwiesen. Die letzten Nachrichten bringen den deutlichen Beweis hierfür: Die Regierung sieht sich gezwungen, den Eisenbahnverkehr bedeutend einschränken zu lassen und die Regelung des Kohlenverkehrs innerhalb des eigenen Landes in die Hände zu nehmen. Zunächst stellt sie ein Ausfuerverbot für Holz in Aussicht, da man dieses ja nun als Ersatz für die fehlende Kohle benötigt. Ferner sollen Marginalpreise für Kohle und Koks festgesetzt werden. Wenn man hinzunimmt, daß in denselben Tagen, da diese Bestimmungen bekannt wurden, auch der Verpflegungsrat mit dem Vorschlag kam, zwei Heißkühl-Lager in der Woche einzuführen und daß gleichzeitig die Verluste der norwegischen Flotte von Woche zu Woche bedeutend wuchsen, so findet man es begreiflich, wenn die Stimmung im Lande nicht gerade die beste ist.

Der Hauptgrund richtet sich gegen die eigene Regierung. Diese hat bekanntlich eine offizielle Erklärung aus Anlaß des norwegisch-englischen Konfliktes veröffentlicht, die ihre Stellung verdeutlichen sollte. Vor allem wird darin behauptet, der Vorschlag, Norwegen habe die mit England vereinbarten Verträge nicht in zufriedenstellender Weise eingehalten, sei ungerichtet, da sowohl das Abkommen über Fische wie auch das über Kupfer nicht übertreten worden sei. Dies wird ziemlich eingehend angeführt, und erst am Schluß heißt es: „Die Klagen der britischen Regierung über die Ausfuhr von Schwefelstein haben ihren Grund darin, daß die britische Regierung eine andere Auffassung von der Bedeutung des Abkommens hat als die norwegische.“ Mit diesen Worten wird zweifellos in einer etwas selteneren Weise das Vorhandensein von Meinungsverschiedenheiten zwischen London und Kristiania angedeutet. Die ganze Erklärung hat die öffentliche Meinung in Norwegen keineswegs beruhigt. Im Gegenteil. Die Erregung ist, wie ein Blick auf die Presse beweist, ziemlich allgemein. „Socialdemokraten“ betonen, daß das Communiqué in hohem Grade das Mißtrauen gegen die Regierung und deren Vorgesetzten bestärkt habe.

Obwohl abzulehnen suchen sich die Organe der Rechten. „Aftonposten“ meint, eine kurze und deshalb zu wenig ausführliche Mitteilung habe das norwegische Volk unmittelbar nach der Erklärung des englischen Gesandten über die Einstellung der Kohleneinfuhr als vorbereitende Darlegung aufheben können, aber jetzt nach drei Wochen verlange die Nation mehr zu wissen. „Es ist nicht genug“, so bemerkt das Blatt, „Noten mit Noten, die geheimgehalten werden, zu beantworten. Wenn die Regierung es vermeiden wollte, unser Land zu profitulieren, so hätte sie jetzt zu sprechen müssen, daß man es sowohl bei uns wie auch draußen hören konnte. Entweder muß der Minister des Auswärtigen einen klaren Befehl geben oder er soll seine Arbeit anderen Händen überlassen.“

Wie man sieht, steht es keineswegs an der nötigen Deutlichkeit. Auch „Morgensbladet“ ist der Ansicht, die offizielle Bekanntmachung sage zu wenig, da sie nicht den Eindruck erwecke, daß die norwegische Staatsregierung richtig gehandelt habe und man ihr nichts vorzuerwerfen brauche, anderenfalls würde man jenen Ton der Enttäuschung und Wärme, der durch ungeduldige Verhärtnungen natürlicherweise hervorgerufen werden müßte. Das Blatt kam habe eine würdige Zurückhaltung der englischen Anfrage erwartet und statt dessen nur eine Entschuldigung zu hören bekommen, die für Europa nichts belege, sondern eher verwirrend wirkt.

Wichtiger ist noch eine Neuigkeit aus „Tidens Tidning“. Dieses freimüthige Blatt behandelt vor allem Norwegens Verhältnis zu England, indem es erklärt, die Freundschaft mit England ruhe auf dem stärksten Grund: der notwendigen Förderung des Lebens. „Norwegen“, so heißt es weiter, „das mehr als alle anderen vom Meer abhängig ist, kann sich nicht der Gefahr aussetzen, in einer unüberbrückbaren Gegenlage zu der Beherrschung des Meeres zu kommen.“

Hiervon ist der Kern der ganzen Sachlage berührt, indem offen ausgesprochen wird, was immer der oberste Grundbaustein der norwegischen Politik war. Es muß nur mehrkräftig erscheinen, daß man gerade jetzt, angelehnt der britischen Maßnahmen, zu nachdrücklich seine Abhängigkeit von London betont und dadurch die eigene Schwäche allzu deutlich eingesticht.

dabei ernstlich zu überlegen, ob nicht die Herren jenseits der Nordsee zu ihrem „Strafverfahren“ gegen den skandinavischen Staat durch ganz andere Erwägungen bestimmt werden, als sie vorgeben.

Für ihren durch den U-Boot-Krieg fastig zunehmenden Schiffraumangel suchte die britische Regierung frühzeitig sich bei den Neutralen Ersatz zu verschaffen. Sie hätte zu diesem Zweck ihre Macht über die Dantzerfische aus. Neutrale Schiffe, die Dantzerfische erhalten wollen, müssen Bedingungen mit sich führen, die den britischen Behörden genehm sind. Zun fe das nicht, so werden sie oft genungen zu unternehmen, um als Entgelt hierfür Dantzerfische zu unternehmen. Diese Bestimmungen geben aller Wahrscheinlichkeit nach den rechten Anstoß für das Auftreten Englands Norwegen gegenüber. Indem man dem ganzen Land unter einem gegen seine Regierung gerichteten Vorwand die Kohle verweigert, legt man seinen hauptsächlichsten Erwerbszweig, die Schifffahrt, lahm. Dadurch bringt man es natürlich in die denkbar schwerste Lage. Dann aber kommt der Augenblick, da man, wie in Griechenland, die Forderung stellt, Norwegen solle seine sämtlichen verfügbaren Schiffe an England vermieten. Auf diese Weise gibt man den Reedern Gelegenheit, wieder zu verdienen, ja, man bereist sie von der Furcht vor der U-Boot-Gefahr, indem man das Risiko übernimmt. Die britische Handelsflotte aber hat — und das ist das Ziel — den eigenen dahinschwimmenden Schiffraum vergrößert.

Der Augenblick naht, wo Norwegen vor die Wahl gestellt werden wird, die letzten Konsequenzen aus seiner bisherigen Nachgiebigkeit der Günter gegenüber zu ziehen. Gagerup, einer der leitenden Männer der norwegischen Rechten, hat soeben dem Korrespondenten der schwedischen Zeitung „Aftonbladet“, John Lönnegren, gegenüber geäußert, daß alle Norweger nur den einen Wunsch hegten, eine unerschütterliche unparteiische Neutralität zu bewahren. Gleich darauf aber gab er die handelspolitische Abhängigkeit seines Landes vom Ausland an. Da nun diese letztere Frage in jüngster Zeit deutlich in den Vordergrund getreten ist und entschieden auch rein politische Bedeutung gewinnt, so kann man mit Spannung darauf warten, wie weit es den Norwegern gelingen wird, ihren Wunsch nach unbedingter Neutralität durchzuführen. Jedenfalls dürfte die Entscheidung hierüber bald fallen, da England zielbewußt auf sie hindrängt. Das ganze Problem läßt sich in die wenigen Worte zusammenfassen: wird England siegen oder — Norwegen?

Einstellung der Lebensmittelausfuhr von Dänemark nach England.

Aufhören der Schiffversicherungen in Dänemark und Schweden.

Kopenhagen, 1. Februar. (W. T. N.)

Die im Laufe des Tages von Vertretern der verschiedenen Handels- und Schifffahrtkreise abgehaltenen Beratungen anlässlich der letzten deutschen Note haben zur Folge gehabt, daß die gesamte Ausfuhr von Lebensmitteln nach England sowie aller Schiffverkehr nach England und Frankreich vorläufig eingestellt ist. Überall ist die Ansicht vorherrschend, man müsse wegen der neuen Lage eine abwartende Haltung einnehmen. Der dänische Amerikadampfer „Helligslaf“, der heute von New-York nach Kopenhagen abgehen sollte, erhielt drakonischen Befehl, die Reise bis auf weiteres zu verschieben. Die dänische Kriegsversicherung hat bis auf weiteres alle neuen Versicherungsabfälle abgelehnt. Gleichzeitig wurden die Reederei angefordert, ihre unterwies befindlichen Schiffe zurückzurufen, falls Befehl besteht, daß sie bis zum fünften Februar in die Sperrelinie gelangen.

In der heutigen Geheimkunft des Reichstages teilte der Minister des Meeres zunächst die deutsche Note mit und gab darauf eine Darstellung der neu geschaffenen „Nationalidee“ zufolge waren die Ausfuhrungen auf eine hoffnungslosere Form getrimmt, als man befürchtet hatte. Die Regierung fand ganz unter dem Eindruck der Rede des Ministers, bei allen herrschte volles Verständnis für den Gang der Lage, jedoch waren nirgends Anzeichen einer Panik zu bemerken.

Stockholm, 2. Februar.

Die schwedischen Blätter enthalten zahlreiche Nachrichten über die ersten Beratungen des verschärften deutschen U-Boot-Krieges. Nach „Evening Dagbladet“ hat die Kriegsversicherungs-Kommission beschlossen, alle Versicherungen für Kosten nach

England und Frankreich aufzugeben. In Kalmar wurde nach dem gleichen Blatt die Einschiffung von Holz eingestellt. Außerdem ist der Postverkehr Schwedens mit England und Westeuropa seit Donnerstag vollständig unterbrochen.

Der Minister des Innern stimmt dem Vorschlag der Staatsbahnverwaltung wegen Einschränkung des Personenverkehrs infolge des Kohlenmangels zu und ermahnte die Staatsbahnverwaltung, baldigt Maßnahmen auch zur Einschränkung des Güterverkehrs zu treffen. Diefelbe Maßnahme richtete er an den Verband schwedischer Privatbahnen. Die Regierung plante ferner Maßnahmen zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs auch auf anderen Gebieten.

Die angeblichen Absichten Wilsons.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Osag, 2. Februar.

Aus London wird telegraphiert: Der Korrespondent der „New York Post“ in Washington meldet: Der Präsident hat sich für eine Politik beschrankter Kriegsführung entschieden, die aber nicht zur Tat werden soll, wenn die moralische und möglicherweise die physische Macht Amerikas dem vordringen kann. Der Kongress in Washington neigt dazu, einen bestimmten Fall von Verletzung amerikanischer Rechte abzuwarten, aber ist bereit, der Führung des Präsidenten selbst im drastischen Falle zu folgen. Auch viele Zeitungen sind für das Abwarten einer einvernehmlichen Situation, darunter die „San Francisco Chronicle“, die „Boston Post“, die „Baltimore Sun“. Der Marineminister Daniels sagt in einer südcarolinischen Zeitung: „In erster Stunde erwartet Amerika keine Weisung aus dem weißen Hause. Galt Wilson einen Frieden in Ehren nicht länger für möglich, so werden über alle Amerikaner den Bruch der Beistandung. Werden andere Schritte von ihnen verlangt, so sind sie auch dazu bereit.“

Die „Times“ schreiben einer Londoner Meldung zufolge zum U-Boot-Krieg: „Die Holländer erinnern sich an frühere U-Boot-Drohungen, die nur teilweise durchgeführt wurden, doch schwere Verluste ihrer Handelsflotte brachten. Nun scheint der Augenblick gekommen, in dem Holland vor dem schwersten Problem steht, das eine Nation zu entscheiden hat, Frieden oder Krieg. Aber Augen sind gespannt auf Amerika als den größten neutralen Staat gerichtet. Wird es seine kleine Schwester ihrem Schicksal überlassen?“ „Daily Chronicle“ sagt: „Wahrscheinlich wird Amerikas Haltung die der anderen Neutralen in Europa bestimmen, die noch tiefer bedrückt, aber weniger mächtig sind.“ Die „Morning Post“ schreibt: „Deutschland hat nichts von der amerikanischen Flotte und Armee zu befürchten. Zweifelsfrei kommt in Betracht, entweder Deutschland vermag die Meere zu schließen und damit den Krieg zu gewinnen, dann kann es auch die Neutralen ignorieren, oder Deutschland vermag und ändert also in der Lage der Alliierten wenig, dann ist seine Niederlage sicher.“

Rotterdam, 2. Februar.

Der Washingtoner Korrespondent der „Associated Press“ meldet: Staatssekretär Lansing habe zu Journalisten geäußert, er habe nichts mitzutellen. Roosevelt erklärte, Wilson sollte, falls Nichtkombattanten umfließen, unmittelbar die deutschen Schiffe in amerikanischen Häfen beschlagnahmen.

Kopenhagen, 2. Februar.

Die amerikanischen Stimmen zur Blockade, die über London hierher gemeldet werden, klingen erst. „New York World“, „New York Times“ und „New York Tribune“ sagen, daß der Entwurf der Neutralmächte kritisch sei, und fordern Schutzmaßnahmen und eine energische Antwort. Die „World“ spricht sogar davon, daß die richtigste Antwort die Zurückweisung der Forderungen an die Gesandten der Neutralmächte wäre. Eine Meldung sagt, daß Wilson eine lange Konferenz mit dem Grafen Bernstorff gehabt habe. Eine offizielle Nachricht spricht dagegen nur von einer Konferenz zwischen Wilson und Lansing, in der wichtige Beschlüsse gefaßt worden sein sollen, aber die aber noch nicht mitgeteilt werde. Aus Paris haben mehrere namhafte Amerikaner den Präsidenten Wil-